



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

Bürger*innenbrief

24. Juni 2020

Senatsprogramm – Gegenrede +++ Proteste gegen Corona-Schulpolitik +++ Black Lives Matter +++ Kunterbunker

Liebe Leserinnen und Leser,



Mehr Blühwiesen auch in der Stadt! Und nicht das schlechteste Motto ... (Fotos: Michael Joho)

kaum dass der Corona-Lockdown schrittweise zurückgefahren wird und die niedrigen Neuinfektionszahlen auf eine weitere Entspannung der Lage hoffen lassen, geht es in die Ferienzeit. Dies gilt auch für die Hamburgische Bürgerschaft: Sie tagt zwar inzwischen, unter erschwerten Schutzbedingungen, endlich wieder in Gänze, im Gegensatz übrigens zu den parlamentarischen Ausschüssen, die überwiegend erst im August starten, ein halbes Jahr nach der Wahl im Februar. Am heutigen 24. Juni jedoch, dem Tag der Herausgabe dieses neuen »Bürger*innenbriefes« (BB), haben wir es noch einmal mit einem wichtigen Akt zu tun: der Regierungserklärung des am 10. Juni gewählten Ersten Bürgermeisters und der Diskussion der von der rot-grünen Senatskoalition für die kommenden fünf Jahre angestrebten Politik. Grundlage für die Ausführungen Bürgermeister Tschentschers ist der 205seitige Koalitionsvertrag (www.gruene-hamburg.de/wp-content/uploads/2020/06/Koalitionsvertrag-SPD-Gr%C3%BCne-2020.pdf). Dessen Länge steht aus unserer Sicht allerdings in keinem auch nur halbwegs befriedigenden Verhältnis zu den Inhalten, schon gar nicht zu den sozialen Herausforderungen unserer Zeit. Im Gegenteil, die Parole lautet im Wesentlichen, den ach so erfolgreichen Kurs schlicht fortzusetzen – also keinen Kampf gegen die immer weiter aufgehende Arm-

Reich-Schere zu führen, keineswegs mehr Sozialwohnungen zu bauen, nicht mehr Demokratie zu wagen usw. Um das etwas konkreter werden zu lassen, erlauben wir uns, quasi als Schwerpunkt dieser BB-Ausgabe, in Gänze die Rede von Sabine Boeddinghaus wiederzugeben, die sie heute als Ko-Fraktionsvorsitzende im Anschluss an die Regierungserklärung in der Bürgerschaft gehalten hat: die Generalkritik der Hamburger LINKEN am rot-grünen Kurs der nächsten Jahre. Damit sind wir übrigens schneller als jede Zeitung oder gar die Parlamentsdokumentation, so viel Aktualität im BB war nie. Dennoch, es gilt – wie heißt es so schön? – das gesprochene Wort ...

Nach den nervenden, durchaus auch besorgniserregenden Geschehnissen der vergangenen dreieinhalb Monate hoffen wir jetzt für die Menschen unserer Stadt, die Leserinnen und Leser dieses BB und für uns selbst auf ein paar angenehme Ferienwochen, egal ob auf dem eigenen Balkon, in der Heide oder etwas weiter entfernt. Und wir drücken uns allen die Daumen, dass sich die Lage danach weiter entspannt hat und wir wieder in den gesellschaftlichen und politischen Alltag zurückfinden. Nicht zuletzt, um sich mit den sozialen Folgen der Coronapandemie auseinanderzusetzen, den drohenden Sozialabbau und die Abwälzung der Krisenlasten auf die

Masse der Bevölkerung zu verhindern. Stattdessen empfehlen wir schon mal diese gute Adresse: Hamburgs rund 1.000 Einkommensmillionär*innen, von denen in den letzten Jahren lediglich 115 von den Finanzämtern überprüft wurden,

was immerhin 45 Millionen Euro zusätzliche Einnahmen, also nachträglich entrichtete Steuern, erbrachte.

*Heike Sudmann und Sabine Boeddinghaus,
Hanno Plass und Michael Joho*

Ein Weiter so darf es nicht geben!

Sabine Boeddinghaus' Bürgerschaftsrede zum Programm des alt-neuen Senats für die nächsten Jahre



Menschenkette vor dem Rathaus, 15.2.2020 (Foto: Christiane Schneider)

Auf der Bürgerschaftssitzung am 24. Juni gab Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher (SPD) eine Regierungserklärung ab, in der er das Programm des von SPD und GRÜNEN getragenen Senats für die 22. Legislaturperiode (2020 bis 2025) vorstellte. Nachfolgend dokumentieren wir die (Gegen-)Rede, von Sabine Boeddinghaus, die sie für die Fraktion DIE LINKE als deren Ko-Vorsitzende in eben dieser Sitzung gehalten hat.

Die Corona-Krise, eine der schwersten Krisen seit 1945, bestimmt derzeit auch unsere parlamentarische Arbeit. Tausende Menschen stehen finanziell am Abgrund oder bangen um ihre Existenz. Auch wenn die Pandemie ja einstweilen zurückgedrängt zu sein scheint, werden uns ihre verheerenden Folgen für unser soziales und wirtschaftliches Leben noch sehr, sehr lange beschäftigen. Deshalb ist für uns in der Bewertung des Koalitionsvertrages auch entscheidend, wie die rot-grüne Strategie aussieht, die Überwindung der Krise sozial gerecht und in einem angemessenen gesellschaftlichen

und wirtschaftlichen Kräfteverhältnis zu gestalten – ja, mehr noch, die richtigen Schlüsse aus Corona zu ziehen und Versäumnisse, die durch Corona offensichtlich geworden sind, in Angriff zu nehmen. Dafür hatten wir – und sicher auch viele Hamburger*innen – vom Koalitionsvertrag eine eingehende Analyse der Corona-Krise und konkrete politische Lösungen für ihre Überwindung erwartet. Leider Fehlanzeige!

Corona hat wie unter einem Brennglas gezeigt, wo es politische Fehlentscheidungen der letzten Jahre gab, die uns jetzt auf die Füße fallen, sei es die profitorientierte Privatisierung von Gesundheit und Pflege, sei es die fahrlässige Ignoranz der tiefen sozialen Spaltung unserer Stadt, sei es die notorische Missachtung derjenigen Menschen, die »den Laden am Laufen halten«, die mehr verdienen, als Applaus und wohlfeile Sonntagsreden! Für uns LINKE ist es eine zentrale Aufgabe, daraus politisch die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Ein »Weiter so« in die zurückliegende Normalität darf es aus unserer Sicht nicht geben! Dieser Vertrag ist für uns geradezu

Verpflichtung und Auftrag, weiterhin als starke soziale Opposition, als soziales Gewissen der Stadt, für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit für Alle zu streiten, im und außerhalb des Parlaments.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn es gefühlt in einem anderen Leben liegt, wir müssen uns an die Ausgangslage VOR Corona nochmal kurz erinnern. Die SPD hatte im Laufe der zurückliegenden Regierungsperiode deutliche Einbußen in ihren Zustimmungswerten. Das lag ganz sicher auch am G20-Debakel, den massiven Grundrechtsverstößen und den politischen Dummheiten von Olaf Scholz. Wer hätte nach dem G20-Debakel auch nur noch einen Cent auf ihn gesetzt? Mit dem Wechsel nach Berlin hat er sich seiner politischen Verantwortung entzogen. Corona gibt ihm jetzt sogar den nötigen Rückenwind für seine Kandidatur fürs Kanzleramt. Wir erinnern uns da an Gerhard Schröder und das Oder-Hochwasser!

Die GRÜNEN haben es geschafft, den Fridays-for-Future-Protest für sich zu instrumentalisieren, obwohl FfF ja zum Teil gegen grüne Regierungspolitik auch in Hamburg auf der Straße war, wobei ihnen kein wichtiger Schritt für die Klimapolitik gelang.

Dass SPD und GRÜNE die soziale Ungleichheit, die tiefe soziale Spaltung der Stadt, die wachsende Armut der jungen und älteren Menschen nicht im Fokus haben, das zeigt sich leider erneut im aktuellen Koalitionsvertrag. Nicht die strukturellen Ursachen werden analysiert und bekämpft, sondern lediglich die Symptome und das auch noch ohne Leidenschaft und Nachhaltigkeit!

Und doch zog die SPD unverdrossen mit ihrem Slogan in den Wahlkampf: »die ganze Stadt im Blick«. Ich habe kein Podium und keine Veranstaltung erlebt, bei der sie damit überzeugen konnte. Gerettet hat die SPD ein Erster Bürgermeister, der so wenig macht, dass er auch wenig falsch macht. Dessen größtes Plus es im Wahlkampf war, nicht Olaf Scholz zu sein.

Die GRÜNEN hatten sich kurzerhand in »Team Fegebank« umbenannt und alles auf die Machtkarte gesetzt, was irgendwie nur peinlich war. Denn immer dann, wenn es um Inhalte

ging – wir erinnern uns an die Forderung nach einer autofreien Innenstadt, die dann beim ersten Gegenwind flugs zur autoarmen Innenstadt wurde, oder das Zurückrudern bei der Ansage, Vermummung als eine Ordnungswidrigkeit zurückstufen zu wollen –, erwiesen sie sich als flexibel wie die FDP.

Bei der Bürgerschaftswahl im Februar war die SPD trotz Verlusten mit 39,2% erneut stärkste Kraft geworden. Die GRÜNEN konnten mit 24,2% ihr Ergebnis von 2015 fast verdoppeln. Mit 87 von 123 Sitzen verfügt Rot-Grün nun über eine Zwei-Drittel-Mehrheit in der Bürgerschaft. Das ist ein Problem, denn das gibt der rot-grünen Arroganz des Durchregierens aus der letzten Legislatur zusätzlichen Schub. Da ist es gut, dass die Rechte der demokratischen Opposition durch Herabsetzung der Quoren gesichert worden sind. Wir verstehen das aber als eine Selbstverständlichkeit und nicht als rot-grüne Gnade. Wie ernst der neue Senat es jetzt damit meint, sorgsam, transparent und demokratisch mit seiner Mehrheit umgehen zu wollen, wird er unter Beweis stellen müssen.

Die geplante Abschaffung der Deputationen ist aus unserer Sicht auf jeden Fall kein gutes Beispiel dafür, im Gegenteil, das ist ein schwerer Fehler. Die Depus sind ganz sicher reformbedürftig und könnten durch neue Kriterien für ihre Zusammensetzung sicher mehr Debatte vertragen, aber sie sind Ausdruck von parlamentarischer Kontrolle, von »Demokratie von unten« und gehören zu den ur-basisdemokratischen Rechten, die es zu verteidigen gilt!

Im Verlauf der Koalitionsverhandlungen rieben sich viele interessierte Beobachter*innen verwundert die Augen ob der Verhandlungsschwäche der GRÜNEN. Lag es wirklich ausschließlich an Corona, dass die GRÜNEN verhandelt haben, als wären sie am 23. Februar lediglich bei 10% gelandet? Oder ging es den GRÜNEN wirklich nur um mehr gut dotierte Posten? Hatten sie gar keine grünen Haltelinien definiert, hinter die sie in der Bilanz des Erreichten nicht zurückgehen würden? Wäre ja irgendwie konsequent für eine Partei, der es schon im Wahlkampf fast nur um Personen und kaum um Inhalte zu gehen schien. Wie schmerzbefreit gehen sie in die neue Legislatur und wie bringen sie das magere Ergeb-



Demo von Friday for Future, 29.11.2019 (Foto: Linksfraction Hamburg)

nis in Deckung mit dem dringend notwendigen Paradigmenwechsel z.B. bei Verkehr und Umweltschutz, den sie selbst im Wahlkampf noch propagiert hatten? Da spielten wohl individuelle Eitelkeiten und die Drohkulisse eines rot-schwarzen Senats die ausschlaggebende Rolle. Anders ausgedrückt, *die Hamburger SPD hat die Politik einer Koalition mit der CDU durchgesetzt - nur mit grünen Senatoren. Was soll das, liebe GRÜNE?*

Ich zitiere Manfred Braasch vom BUND: »Der rot-grüne Koalitionsvertrag verpasst in vielen Bereichen die Chance, insbesondere die Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik grundlegend neu aufzustellen. Die Schlagworte Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Grünerhalt finden sich zwar immer wieder in den rund 200 Seiten, dazu aber mindestens genauso viele Prüfaufträge und Absichtserklärungen. Das reicht nicht, um wirklich Antworten auf die Klimakrise, das Artensterben und den enormen ökologischen Fußabdruck unserer Stadt zu finden.«

Und, liebe SPD, haben Sie schon mal davon gehört, dass die Klimakrise nicht wartet und schon gar nicht politische Fehler verzeiht? Sie haben echt den Schuss immer noch nicht gehört, drücken sich vor der Auseinandersetzung mit den großen Klimawandeln und meinen, Sie könnten mit Appellen und bloßen Absichtserklärungen die Klimakatastrophe abwenden. Einen solchen Totalausfall kann man schon gar nicht mehr mit Arroganz umschreiben, es ist schlicht und einfach Politikversagen!

So sind die 200 Seiten des Koalitionsvertrages gespickt mit Ankündigungen und vagen Versprechen in eine unbestimmte Zukunft, eingebettet in eine blumige Prosa und eine selbstzufriedene Bilanzierung der vorangegangenen Legislatur. 353x findet man das Wort »wollen«, 80x soll geprüft werden, und das wirklich besorgniserregendste ist die Ansage, dass ALLE Maßnahmen unter Finanzierungsvorbehalt stehen. Das ist dramatisch und bedeutet für die Perspektive einer sozial gerechten und solidarischen Stadt Hamburg, in der Alle gut leben können müssen, nichts Gutes. Und hat übrigens aus unserer Sicht so gar nichts mit einer Zukunftsstadt zu tun, wie Sie sie in Ihrer Präambel seitenlang beschwören.

Es gibt im Koalitionsvertrag leider kein Signal für mehr Steuergerechtigkeit in Hamburg, SPD und GRÜNE haben offensichtlich kein Interesse, die soziale Schieflage in der Stadt zu entschärfen. Wie bitter, dass nach Ansicht der Hamburger Sozialdemokratie Forderungen nach einer strukturellen und ausfinanzierten Armutsbekämpfung lediglich zu einem linken »Wünsch-Dir-Was«-Programm gehören, und nicht zur eigenen politischen DNA!

Hier werden wir als LINKE unerbittlich dafür streiten, dass erstens die Schuldenbremse endlich der Vergangenheit angehört und zweitens die Refinanzierung der Corona-Milliarden durch eine Vermögensabgabe passiert und dadurch notwendige Investitionen in die soziale Infrastruktur, in die Verkehrs- und Klimawende und zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum auch jetzt getätigt und nicht immer weiter aufgeschoben werden.

Zum Vertrag bzw. Regierungsprogramm selbst

Durch alle Bereiche ziehen sich Absichtserklärungen in weit-schweifigen politischen Phrasen, die allerdings überwiegend Beschlüsse referieren, die bereits in der letzten Legislaturperiode getroffen wurden - und, wie der Radwegeausbau, schon damals nicht eingehalten wurden. Insofern ist dieser Vertrag eher ein Kompendium von Regierungskoalitionsbeschlüssen der 21. Legislaturperiode, angereichert um auch schon zum Teil beschlossene Prüfaufträge und nur wenige wirkliche Neuigkeiten. Es ist ein Weiter so mit dem weitestgehenden Verzicht auf klare messbare Zielvorgaben. Geschwätz also, das sich schon bald als von gestern ignorieren lässt.

Beim **Klima** gibt's eine echte Überraschung: Die Koalition bekennt sich zur **Umsetzung des Klimaplan**s und (Zitat aus ihrer Pressekonferenz) »legt noch eine Schippe drauf«. Die notwendigen Investitionsbedarfe aber sollen im Einklang mit der **Schuldenbremse** stehen und die angekündigten **2 bis 3 Milliarden Euro für Klimamaßnahmen sind auf zehn Jahre** geplant. Das wird dem Problem ganz sicher nicht gerecht, denn der bestehende Klimaplan ist bereits jetzt unterfinanziert und wird das Ziel der 1,5°-Marke verfehlen. Wir sagen, der de facto vorhandene Klimanotstand und die erforderlichen Maßnahmen und Investitionen dürfen nicht unter Finanzierungsvorbehalt gestellt werden. Schlussendlich wird das, mit unabsehbaren Folgen, viel teurer. Die Koalitionäre haben sich auf eine **neutrale Klimabilanz deutlich vor 2050** verständigt. Wir sagen dazu ganz deutlich: Es führt kein Weg an der Klimaneutralität bis 2035 vorbei, wenn das berechnete CO₂-Restbudget für Hamburg noch reichen soll, um das 1,5°-Ziel von Paris einzuhalten.

Statt auf klare Vorgaben zu setzen, wird im Vertrag die EU-Kommission um einen ordnungspolitischen Rahmen gebeten und es wird auf Anreizsysteme zur Landstromnutzung gesetzt. Erst in letzter Konsequenz soll dann, im Falle des Nichterfolgs, geprüft werden, ob **Landstrom** verbindlich gemacht wird. Soll das die Schippe sein, die da draufgelegt wurde? Was für eine Schippe soll das sein? Eine aus dem Sandkasten? Hamburg muss jetzt klare ordnungspolitische Vorgaben machen. Ein Warten auf die EU oder ein gemeinsames Vorgehen der großen Häfen reicht nicht, um das Klimaziel von Paris zu erreichen.

Zum **Hafen**: Die neue Koalition ist blind gegenüber Fakten. Die Umschlagzahlen des Hamburger Hafens steigen seit Jahren nicht. Aber die neue Koalition hält unverdrossen an ihren Ausbauphantasien fest und plant im Verkehr mit der zweiten Köhlbrandbrücke und auch mit den Flächenansprüchen immer noch mit den alten Zahlen der Verdoppelung der Umschlagzahlen bis 2025.

Da freuen wir uns über den Erhalt des Vollhöfner Waldes, aber sehen die im Gegenzug dafür geplanten weiteren Ausweitungen der Logistikflächen sehr kritisch. Und dass Moorborg nicht endlich aus der Hafenerweiterung herausgenommen worden ist, ist ein Skandal und den Moorbürger*innen gegenüber absolut zynisch.

Beim **Verkehr** ist der Koalitionsvertrag ein Totalausfall. Als wenn es die Klimadebatte um den schädlichen Autover-

kehr nie gegeben hätte. Rot-Grün setzt auf ein »weiter so«. Die Autobahn A 26 Ost soll gebaut werden, eine autofreie Innenstadt wird es nicht geben, eine Umverteilung des Straßenraums findet nicht statt. Ob Berlin, Wien, Madrid, überall wird Platz für Rad und Fuß auf den Straßen geschaffen. Londons Bürgermeister will sogar die größte autofreie Zone aller Hauptstädte der Welt schaffen, um die zunehmende Anzahl von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen zu schützen und die Luftqualität in der Stadt zu verbessern.

Und in Hamburg? Schlappe zwei Kilometer für einen temporären Radfahrstreifen aus einem Straßenzug in der Hafen City sind noch nicht mal als Trostpflasterchen geeignet.

Auch beim öffentlichen Verkehr ist kein Sprung nach vorn zu erkennen, es werden einfach die ohnehin im Klimaplan stehenden Maßnahmen noch einmal aufgeführt. Ein Lichtblick ist ja, dass die Stadtbahn nicht mehr kategorisch als Alternative ausgeschlossen wird. Dennoch will der Senat weiterhin Millionen und Milliarden in teils zweifelhafte U-Bahn-Tunnel versenken.

Beim Flughafen mussten die GRÜNEN offensichtlich alles geben, um die SPD von einer noch schlimmeren Belastung der Umwelt und der Anwohner*innen abzuhalten, eine Schande für die SPD! Wir brauchen deutlich ambitioniertere Ziele für die Reduktion der CO₂- und Lärmbelastung durch den Flugverkehr, beginnen könnte man mit der Einstellung aller Flugverbindungen bis zu 500 Kilometer Entfernung!

Statt Hamburgs Zukunft kraftvoll zu gestalten, so der Titel des Koalitionsvertrages, gibt es in den Bereichen **Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik** bestenfalls ein »Wie gehabt!«

Mehr als die Hälfte der Hamburger*innen haben Angst, sich ihre Wohnung in Zukunft nicht mehr leisten zu können. Es wäre die Aufgabe von Rot-Grün gewesen, diesen Menschen ein starkes Signal zu senden: Wir tun alles, um Eure Wohnung sicher zu machen. Wir tun alles, um Euch vor Verdrängung und Mietwucher zu schützen. Wir tun alles, damit Ihr eine Chance auf eine passende Wohnung habt. Wir tun alles, damit niemand sich auf eure Kosten die Taschen vollmacht. Nicht ein einziges Vorhaben ist wirklich neu oder gar innovativ, vielmehr handelt es sich durchweg um Aussagen, die schon seit längerem getätigt werden. Das Erbbaurecht verstärkt anzuwenden findet sich schon in einer Senatsmitteilung. Das Bündnis für das Wohnen »um die Ziele bezahlbares und klimagerechtes Wohnen (zu) ergänzen«, klingt interessant, taucht aber fast wortgleich bereits im Vertrag des Bündnisses auf. »Für die geförderten Wohnungen (...) die Mietpreisbindung auf 30 Jahre fest(zu)legen« ist auch nicht sonderlich überraschend, die SAGA praktiziert das schon seit dem 1. Januar 2019. Wir sagen »einmal gefördert – immer gebunden!« Dazu fehlt Rot Grün aber offenbar der Mut!

Doch unabhängig von der Präsentation alten Weins in kaum neu zu nennenden Schläuchen sind die Kernfragen in der Wohnungspolitik zu stellen: Mit welchen Maßnahmen soll dem großen Mangel an Wohnungen, vor allem an günstigem Wohnraum einerseits und dem anhaltenden Mietwahn sinn andererseits, entgegengewirkt werden? Der Koalitionsvertrag setzt hier leider keine neuen Zeichen: Die SAGA bleibt bei

2.000 neuen Wohneinheiten jährlich, am – sowieso nie wirklich – realisierten »Drittelmix« wird festgehalten, die Zahl der jährlichen 10.000 Baugenehmigungen wird nicht erhöht. Statt den Anteil an geförderten Wohnungen, vor allem der Sozialwohnungen des 1. Förderweges, stark auszuweiten, werden die Zahlen schön gerechnet und die frei finanzierten »Hamburg-Wohnungen« – die so genannten »8-Euro-Wohnungen« – einfach dazu geschlagen.

Ähnlich sieht es mit der Mietpolitik aus, die sich primär daran bemisst, den Mietwahn in den Griff zu bekommen. Schließlich sind die Neuvertragsmieten in Hamburg im ersten Quartal 2020 gegenüber dem Vorjahresquartal schon wieder um 2,6% (auf mittlerweile 10,70 Euro/qm) gestiegen – im Bundesdurchschnitt waren es »nur« 0,6%. Doch was planen die Koalitionäre? Sie halten an der weitgehend nutzlosen »Mietpreisbremse« fest, weigern sich aber weiterhin standhaft, einen Mietendeckel nach Berliner Vorbild einzuführen. Dort sind die Mieten innerhalb des zuvor genannten Zeitraumes ja sogar um 1,9% gesunken!

Nein, den Herausforderungen bei der Bekämpfung von Mietwahn und Wohnungsnot – bei nach wie vor stark ansteigender Bevölkerung – wird der Koalitionsvertrag nicht gerecht. So werden die Mieten in den kommenden Jahren weiter steigen und der Anteil an bezahlbaren Sozialwohnungen rückläufig bleiben. Zulasten vor allem derjenigen Menschen und Haushalte, die eh nur über ein geringes Einkommen verfügen bzw. durch die Coronapandemie zusätzlich in die Krise geraten, die Wohnung zu halten oder eine neue bezahlbare zu finden.

Wir werden die beiden Volksinitiativen »Keine Profite mit Boden und Miete« mit aller Kraft unterstützen und unseren Druck weiter erhöhen, bis beim neuen Senat der Knoten platzt!

Die Wörter »Reichtum, soziale Spaltung und Umverteilen« kommen nicht einmal im Koalitionsvertrag vor, das Wort Armut ganze dreimal. Das ist zum Wahlprogramm der SPD eine Steigerung um 300%, da kommt das Wort »Armut« nur einmal vor, in Form von Kinderarmut.



Corona-Bürgerschaft (22.4.2020): Sabine Böddinghaus, Stephanie Rose, Olga Fritzsche, Metin Kaya (Linksfraktion Hamburg)

Immerhin heißt es im Koalitionsvertrag, dass Rot-Grün »Armut nachhaltig bekämpfen wollen« und dies sogar »politikfeldübergreifend und aufeinander abgestimmt, sozialraumorientiert«. Konkreter wird es an dieser Stelle dann aber nicht. Lediglich die Einführung eines »Online-Teilhab navigators« wird als direkte Maßnahme zur Verbesserung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und zur Armutsbekämpfung genannt. Wow, kann ich da nur sagen! Eine Gesamtstrategie zur Armutsbekämpfung für unsere reiche Stadt ist in nicht in Sicht.

Wir haben in der letzten Legislatur mit einer Anti-Armutstrategie und konkreten Maßnahmen Vorschläge eingebracht und werden sie weiter auf die Agenda setzen. Z.B. die Aufstockung des Bildungs- und Teilhabepakets, ein kostenloser HVV für Leistungsempfänger*innen, oder die Anhebung der Grundsicherung im Alter.

Auch vonseiten der Diakonie und des Sozialverbandes Deutschland (SoVD) bekommt der neue Senat dazu schlechte Noten! Der SoVD-Vorsitzende: »Aus Sicht des SoVD ist der Koalitionsvertrag vor allem im Bereich Soziales eine Enttäuschung: Was tut die Stadt in Zukunft für Arme und Bedürftige? Weder Grundsicherungsempfänger noch diejenigen, die von Hartz IV leben müssen, werden ausreichend berücksichtigt. Bei der Mobilität sind nur wenige Gruppen berücksichtigt. Eine echte Verkehrswende wäre es, wenn der ÖPNV für alle bedürftigen Menschen kostenfrei wäre, genauso wie Sport und Kultureinrichtungen. Alles in allem: Dieser Koalitionsvertrag lässt die Menschen am unteren Rand der Gesellschaft allein zurück.« Das sehen wir auch so und kritisieren das mit allem Nachdruck!

Auch bei der Überwindung der Wohnungs- und Obdachlosigkeit nichts Neues, sondern eher der Versuch, mit bereits Beschlossenem zu glänzen. Im Winternotprogramm soll weiterhin eine ausreichend hohe Anzahl an Plätzen für Menschen, unabhängig von ihrem Rechtsstatus, bereitgestellt werden. Die GRÜNEN haben im Wahlkampf verkündet, dass sie sich für ein »Winternotprogramm für alle« einsetzen. Leider ist es bei diesem Versprechen geblieben, umgesetzt wurde es nicht. Bitter! Die Notwendigkeit einer eigenständigen Notschlafstelle für junge Wohnungslose, die nicht am Pik As angegliedert ist, wurde ebenfalls von den GRÜNEN im Wahlkampf unterstützt, bleibt aber ebenfalls Zukunftsmusik.

Kann mir eigentlich mal jemand von Rot-Grün erklären, warum es möglich ist, einen komplett neuen Stadtteil zu bauen, aber die Realisierung von solch sozialpolitischen Basics einfach nicht klappt? Mich macht das absolut rat- und fassungslos!

Die Sozialsenatorin Melanie Leonhard hatte im Zuge der Koalitionsverhandlungen, insbesondere im Hinblick auf die Coronakrise, ein **Arbeitsmarkt**programm für HH angekündigt. Im Koalitionsvertrag wird dies nur vage umrissen mit den zwei Sätzen: »Im Zuge der Coronakrise sind Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit jedoch deutlich angestiegen, so dass eine aktive Arbeitsmarktpolitik wieder ganz oben auf der politischen Agenda stehen muss.«¹ RICHTIG! Denn die Arbeitslosenzahlen vom Monat Mai verdeutlichen, welche gewaltigen



Kundgebung »Open the borders«, 16.4.2020 auf dem Rathausmarkt
(Foto: Linksfraktion Hamburg)

Einbrüche mittlerweile am Arbeitsmarkt stattfinden! So hat die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Mai 2019 bei jungen Erwachsenen bis zum 25. Lebensjahr um fast 54% zugenommen. Das ist alarmierend!

Bei der Gruppe der Menschen mit einem anderen als dem deutschen Pass ist es eine Steigerung der Arbeitslosigkeit über 33% und bei den über 50-Jährigen schon knapp 22%. Es trifft also überdurchschnittlich junge, nicht deutsche und ältere Menschen. Diese Zahlen sind sozialer Sprengstoff! Auch die offenen Stellenangebote am 1. Arbeitsmarkt liegen um rund 68% unter dem Vorjahresniveau.² Angesichts dieser Krise am Arbeitsmarkt findet die Koalition hier die recht allgemeine Anmerkung, dass man sich mit aller Kraft für Wirtschaft und Arbeitsplätze einsetzen wird. Toll! Es finden sich jedoch keinerlei konkretere Konzepte. Das ist wirklich erschreckend, im Angesicht der gewaltigen Umbrüche, welche derzeit die Spreizung der Schere zwischen Arm und Reich rasant beschleunigen.

Wir fordern, ein umfassendes städtisches Arbeitsmarktprogramm aufzulegen, welches auch berufliche Qualifizierung und auskömmliche Umschulungsmöglichkeiten beinhaltet. Der städtische Anteil für öffentlich geförderte Beschäftigung wurde in den letzten Jahren von über 100 Millionen auf gerade noch 12 Millionen gekürzt. Die Stadt muss den Anteil an Eigenmitteln wieder massiv aufstocken und die Arbeitsmarktpolitik wirklich zu einem zentralen Thema machen.

Der Koalitionsvertrag findet hinreißende menschenfreundliche Erklärungen zur Willkommensstadt Hamburg und zur dringend notwendigen Aufnahme **Geflüchteter**. Das war vor fünf Jahren auch schon so. Die Folge waren Sammelabschie-

¹ »Zuversichtlich, solidarisch, nachhaltig - Hamburgs Zukunft kraftvoll gestalten«, Koalitionsvertrag über die Zusammenarbeit in der 22. Legislaturperiode der Hamburgischen Bürgerschaft zwischen der SPD, Landesorganisation Hamburg und Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Hamburg, S. 41.

² Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Hamburg, Monatsbericht: Mai 2020; Pressekonferenz 3. Juni 2020

bungen, ein neuer Abschiebeknast in Fuhlsbüttel und ein unwürdiges Herumgeeiere, wenn es um die Aufnahme von geflüchteten Minderjährigen aus griechischen Lagern ging. Nach wie vor plant Hamburg kein eigenes humanitäres Aufnahmeprogramm für Geflüchtete, wie jüngst in Thüringen beschlossen. Der neue Senat schmückt sich mit fremden Federn anerkannter zivilgesellschaftlicher Akteure, wenn er Hamburg als sicheren Hafen oder als solidarische Stadt bezeichnet.

Nach wie setzt Hamburg aber keine echte Verbesserung der Unterbringungssituation von Geflüchteten in der Zentralen Erstaufnahme Rahlstedt um, sondern will lediglich prüfen, ob Verbesserungen überhaupt möglich sind. Auch bei der Würdigung des ehrenamtlichen Engagements gibt's außer warmen Worten kein kostenloses HVV-Ticket und nach wie vor kein sinnvolles Handlungskonzept zur Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt in öffentlicher Unterbringung. Wertschätzung der ehrenamtlich Engagierten in unserer Stadt sieht wahrlich anders aus! Sie hätten es verdient!

In der **Bildungspolitik** manifestiert ein rot-grüner Senat die strukturelle Bildungsungerechtigkeit. Das ist ein Kotau vor denjenigen in der Stadt, die von Chancengleichheit und Inklusion wenig halten, jedenfalls, wenn sie nicht nur für ihre eigenen Kinder gelten sollen. Kleinmütiger kann man Politik nicht gestalten, zumal wenn es um die Lebens- und Bildungschancen unserer Kinder geht, und zwar ausnahmslos ALLER Kinder und Jugendlichen! War das nicht mal sozialdemokratisches Programm?

Jahr für Jahr wird unserem Bildungssystem nachgewiesen, dass es die Schulabschlüsse eng an die soziale Herkunft der Kinder koppelt. Daran hat die Reduzierung auf zwei Schulformen nichts geändert, im Gegenteil: Die Ungleichheit in Hamburgs Bildungswesen hat sich durch das Zwei-Säulen-Modell verschärft. Und Rot-Grün will im Kern nichts dagegen unternehmen und tritt damit die UN-Behinderten- und Kinderrechtskonvention mit Füßen. Dem werden wir uns mit hoffentlich vielen Bildungsakteuren in der Stadt entgegenstellen und unser inklusives Schulgesetz zur Debatte stellen. Im dringend nötigen breit geführten Prozess der Schulent-

wicklung unterstützen wir ausdrücklich die Forderung des Bündnisses »Zukunft Schulen« nach der Gründung eines Bildungsrates, der eng mit dem Schulausschuss zusammenarbeiten soll.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass ein auf Profit getrimmtes **Gesundheitssystem** nicht in der Lage ist, die Bevölkerung auf eine Pandemie vorzubereiten. Doch ein Problembewusstsein über die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens existiert bei Rot-Grün selbst jetzt noch nicht. Weder die Rekommunalisierung der Krankenhäuser, noch der Aufbau eines öffentlichen, gemeinwohlorientierten Gesundheitswesens ist im Koalitionsvertrag Thema. Und auch die Abschaffung der Fallpauschalen über eine Bundesrats-Initiative, wie Berlin es beabsichtigt, ist für den neuen Senat keine Option. Obwohl großspurig Personalvorgaben für die Pflege angekündigt wurden, sind im Koalitionsvertrag Vorgaben nur für einzelne Behandlungen vorgesehen. Die Forderungen des Pflegebündnis und der Krankenhausbewegung nach bedarfsgerechten Personalausstattung in allen Bereichen stoßen bei Rot-Grün weiterhin auf taube Ohren. So kann der Pflegenotstand nicht überwunden werden, so kann eine gute Patientenversorgung nicht erreicht werden. Die Auflösung der Gesundheitsbehörde, das Zerfleddern und Aufteilen auf vier Behörden ist politisch falsch und eine Ohrfeige für die Beschäftigten in der Behörde. Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, welche überragende Bedeutung die Gesundheitsversorgung für unsere Gesellschaft hat. Das Opfern der in der Krise so wichtigen Gesundheitsbehörde für die Schaffung eines Senatorenpostens für die GRÜNEN ist wirklich ein fatales Signal an die Hamburger Bevölkerung.

Ein Wort noch zu den **Bezirken**. Was hier im Koalitionsvertrag zu lesen ist, schlägt den Bezirken wirklich ins Gesicht! Da heißt es: »Wir wollen die Bezirke (...) weiter personell und finanziell so ausstatten, dass sie ihre wichtigen Aufgaben vor Ort weiter gut wahrnehmen können«. Wie bitte? Die Bezirke sind seit langem unterversorgt und ausgedünnt worden, von »weiter gut« kann absolut keine Rede sein. Und weiter: Insbesondere mit Instrumenten wie dem Sanierungs- oder Quartierfonds werden die Bezirke ... gezielt dabei unterstützt, die



Protest der Hamburger Krankenhausbewegung, 19.2.2020
(Foto: Linksfraktion Hamburg)

Infrastruktur vor Ort zu verbessern und auszubauen. In der bezirklichen Realität werden mit den Fondsmitteln zu großen Teilen nur noch die Finanzierungslücken gestopft. Von einem nachhaltigen Ausbau sind die Bezirke weit entfernt!

Und Obacht! Ein Bürger*innenbeteiligungsfonds für das Ausprobieren neuer, kreativer Beteiligungsformate soll geprüft werden. Da kann ich nur sagen: Ohne wirkliche Mitbestimmungsrechte, ohne die Reform des Bezirksverwaltungsgesetzes ist das völlig unzureichend.

Apropos »Mehr Demokratie wagen!«, Willy Brandts markanter Halbsatz von 1969 war einst das Markenzeichen einer progressiven SPD, Bürgerinitiativen ab Anfang der 1970er Jahre standen am Beginn vieler alternativ-grüner Biografien. Doch was ist davon im Koalitionsvertrag 2020 übriggeblieben? Nahezu nichts, nur jeweils ein- bzw. zweimal tauchen die Begriffe »Bürgerbeteiligung« und »Stadtteilbeiräte« im Text überhaupt noch auf, ohne auch nur einen einzigen neuen Akzent für die nächsten fünf Jahre zu setzen. Das Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte, so seine Pressemitteilung vom 10. Juni, »sieht sich in seinen Bemühungen, die Bürgerbeteiligung vor Ort zu stärken oder auch nur zu sichern, auf das Größte missachtet«.

Der ehemalige grüne Stadtentwicklungssenator und heutige Vorsitzende der Patriotischen Gesellschaft, Dr. Willfried Maier, findet im Koalitionsvertrag »so gut wie keinen Gedanken«, wie die Hamburger*innen »selbst in ihren lokalen Einheiten zu Wort kommen sollen«.

Richtig peinlich ist, dass die GRÜNEN noch nicht mal die weit verbreitete Forderung durchsetzen konnten oder wollten, zumindest Schwarzfahren zu entkriminalisieren. Gerade jetzt, wo wegen des Corona-Lockdowns viele Menschen das Einkommen nicht mehr haben, um sich die teuren Fahrkarten des HVV zu kaufen, ist das nichts anderes als ein grünes Bekenntnis zur Kriminalisierung von Armut.

Dass sich die Koalition nicht auf die Legalisierung von Marihuana einigen konnte, ist ein Husarenstück aus dem Hinterwald, aber einer weltoffenen Stadt nicht würdig! Eine Koalition, die sich immer noch für die Bewerbung von Zigaretten und Alkohol einsetzt, aber Marihuana weiter unter Strafe stellt, steht außerhalb der städtischen Realität.

Auch die von den GRÜNEN vor der Wahl versprochene unabhängige Polizeibeschwerdestelle wird es nicht geben. Die wäre schon nach G20 überfällig gewesen. Auch im Gefolge der antirassistischen Proteste nach dem Tod von George Floyd wurde das vielfach zu Recht gefordert. Rot-Grün lässt diese Chance verstreichen. Das ist enttäuschend, aber leider nicht überraschend. Gerade in der aktuellen Situation weitgehender polizeilicher Kontrollrechte braucht Hamburg dringend eine unabhängige Beschwerdestelle mit starken, eigenständigen Ermittlungsbefugnissen und ausreichenden Ressourcen. Die Beschwerdestelle, die SPD und GRÜNE jetzt vorsehen, hat das alles nicht. Sie ist ein reines Feigenblatt.

Herr Bürgermeister,

in einer Ihrer Pressekonferenzen zur Corona-Berichterstattung wunderten Sie sich darüber, dass es bei manch einer Politikerin oder einem Politiker die Tendenz gäbe, Corona dafür

zu nutzen, eigene, schon immer vorgetragene Forderungen nun erst recht wieder auf die Agenda setzen zu wollen. Sie haben das vollkommen richtig beschrieben, das trifft auf DIE LINKE präzise zu und ich freue mich, dass Sie das überhaupt zur Kenntnis genommen haben, denn wir waren in der Corona-Zeit ja nicht gerade mit eigener Medienpräsenz verwöhnt! Sie kommentierten dies sinngemäß mit der Ansage: Das lehne ich ab – wir halten Kurs! Stimmt, Sie halten Kurs – auf einem behäbigen Tanker, mit einer 100% weißen und mitteleuropäischen Besatzung, deren Zusammensetzung deutlich gegen das Paritégebot verstößt. Wie erbärmlich ist das denn? Ist das das Spiegelbild der von Ihnen besungenen Zukunftsstadt? Und das Ganze mit einer Seekarte, die völlig veraltet und gefährlich ist, weil darin keine wirklichen tragfähigen und verbindlichen Lehren aus Corona vermerkt sind. Damit werden Sie den Tanker Hamburg ganz sicher auf Grund setzen.

Deswegen hatten wir mit unserem Antrag auf Einsetzung einer breit zusammengesetzten Corona-Kommission beim Senat darum geworben, einen ernsthaften Prozess der wissenschaftlichen und politischen Analyse der Pandemie und der Entwicklung von nachhaltigen Strategien für eine Politik einzuleiten, die wirklich die ganze Stadt im Blick hat und allen Menschen ihren Platz in unserer Stadt zusichert. Dafür brauchen wir die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und der sozialen Infrastruktur, eine sozial gerechte Verkehrs-, Wohnungs- und Klimapolitik und die Umverteilung großer Vermögen im Rahmen einer gerechten Steuerpolitik.

Der rot-rot-grüne Berliner Senat steht für mutige und zukunftsgerichtete Projekte wie den Mietendeckel, eine kluge Kultur- und eine konsequente Sozial- und Bildungspolitik. Der rot-grüne Hamburger Senat dagegen für ein mutloses Weiter So. Dafür ist der Koalitionsvertrag bester Beweis.

Wir übernehmen Verantwortung in einer kraftvollen, in der Stadt gut vernetzten, linken Opposition. Wir reichen aber denjenigen in den senatstragenden Fraktionen unsere Hand zur interfraktionellen Zusammenarbeit, die mehr wollen als ein bloßes Verwalten der sozial gespaltenen Stadt, und werden dort mit eigenen Konzepten entschiedenen Widerstand leisten, wo sich Politik gegen die Interessen der Vielen richtet und das Ziel einer sozial gerechten und solidarischen Stadt Hamburg aus dem Blick verliert.



Foto: Michael Joho

Tipps und Termine

Noch immer ist der Veranstaltungs- und Kulturbetrieb stark eingeschränkt, längst wird eine Menge per Videoübertragung vermittelt, Telefon- und Zoomkonferenzen ersetzen noch immer flächendeckend direkte Zusammentreffen, doch Großveranstaltungen bleiben vorerst bis Oktober ausgesetzt. Von daher also hier weiterhin einige Tipps, aber wenig Termine.

Die in der Einleitung erwähnten **Daten über die Einkommensmillionär*innen** entstammen übrigens der Senatsantwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion (Drs. 22/408 vom 5.6.2020). Die hat sich dabei von dem Umstand inspirieren lassen, dass das durchschnittliche Jahreseinkommen der Bewohner*innen auf der Veddel bei 14.600 Euro liegt, in Nienstedten dagegen bei 140.000 Euro. Das macht doch nachdenklich. Als Einkommensmillionär*innen werden »Steuerpflichtige mit Einkünften aus nicht selbständiger Arbeit, Kapitalvermögen oder Vermietung und Verpachtung von mehr als 500.000 Euro pro Jahr« verstanden und kaschierenderweise »als Fälle mit besonderen Einkünften (bE-Fall) eingestuft«. Im Jahre 2019 gab es 994 solcher »bE-Fälle« bzw. 0,15% der 641.908 Steuerpflichtigen; 2015 waren es noch 677 Fälle bzw. 0,11% der 600.280 Steuerpflichtigen. Das ist eine bemerkenswerte Botschaft: Die Zahl und der Anteil der Superreichen wächst. Und dass von den elf Finanzämtern überhaupt nur bei 115 Einkommensmillionär*innen in den letzten fünf Jahren (2015 bis 2019) hereingeschaut wurde, wodurch schlappe 45 Millionen Euro zusätzlich in die Steuerkasse geflossen sind, das entnehmen wir zusammenfassend der Pressemitteilung der Linksfraktion vom 10. Juni.



Zusammen gegen Corona. Wie wir gemeinsam durch die Krise kommen, so ist die Titelseite der neuen **BACKBORD** überschrieben, die halbjährlich erscheinende Zeitung der Hamburger Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE. Auf den acht Seiten steht vor allem die Corona-Krise im Mittelpunkt, es geht dabei um das kranke Gesundheitssystem, aber auch die »15 wichtigsten Lehren aus der Corona-Pandemie«. Außerdem stellen sich alle 13 im Februar neu gewählten Abgeordneten der LINKEN kurz mit ihren fachpolitischen Schwerpunkten und den nötigen Kontaktdaten vor. Die Zeitung gibt es in allen Büros der LINKEN und im Netz unter www.linksfraktion-hamburg.de.

Mehrere Abgeordnete der LINKEN präsentieren sich und ihre Arbeit längst nicht mehr nur auf der Website der Fraktion (www.linksfraktion-hamburg.de), sondern

haben auch eigene Blog-Seiten ins Netz gestellt, u.a. Heike Sudmann (<http://heikesudmann.net/blog/>). Neuerdings gibt auch die linke Abgeordnete **Carola Ensslen** – zuständig in der 22. Legislaturperiode für Flucht und Migration einschließlich freiwilligem Engagement sowie für Queer- und Verfassungspolitik – einen regelmäßigen Newsletter heraus. Wer Interesse daran hat, wende sich per E-Mail an carola.ensslen@linksfraktion-hamburg.de.



Die seit Frühjahr 2008 erscheinenden Bürger*innenbriefe – und das sind bis zu dieser Nummer immerhin 166 Ausgaben – gibt es zum jederzeitigen Recherchieren und Nachschlagen allesamt hier: <http://heikesudmann.net/buergerinnen-briefe/>.



Kaum eine Woche vergeht, ohne dass die **Rosa-Luxemburg-Stiftung** (RLS) neue Materialien, Gutachten und Broschüren vorlegt, vom umfangreichen Veranstaltungsprogramm (zurzeit überwiegend nur per Video zu empfangen) einmal ganz abgesehen. Anfang Juni hat der LINKEN-nahe Bildungsträger ein neues Dossier unter dem wohlbekanntem Titel **Wem gehört die Stadt? Die Stadt**

gehört uns vorgelegt. »Konzepte für eine rebellische, linke und solidarische Wohnungs-, Mieten- und Stadtpolitik liegen vor. Es gibt viel zu tun, viel zu verteidigen, viel zu erkämpfen. Und es gibt auch Erfolge, nicht nur in Berlin.« Mehr unter www.rosalux.de/dossiers/wohnen-ist-ein-menschenrecht.



Eine wirklich schöne, toll bebilderte und höchst interessante **Broschüre** hat jüngst die Landeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit der Stiftung Ros herausgegeben. Ihr Titel: **Ledigenheime. Entstehung, Entwicklung & Zukunft**. Auf 76 DIN-A4-Seiten wird über die Anfang des 20. Jahrhunderts aufgekommene Idee von Wohnheimen mit kleinen Zimmern für Ledige informiert, insbesondere natürlich über das Ledigenheim in der Rehhoffstraße 1, das in den Bürger*innenbriefen der letzten Jahre wiederholt Erwähnung gefunden hat. Im letzten Objekt dieser Art in Hamburg leben in der südlichen Neustadt heute mehrere Dutzend Männer aus prekären Verhältnissen. Das Gebäude aus dem Jahre 1913 wäre fast einem auf teuren Wohnraum abonnierten Investor zum Opfer gefallen, konnte aber durch das schier unglaubliche Engagement der beiden Ros-Gründer*innen Antje Block und Jade Jacobs gerettet werden. Beide sind Hauptautor*innen der

Broschüre – die es in der Landeszentrale (Dammtorstraße 14) und bei der Stiftung Ros (Rehhoffstraße 1) gibt. Mehr unter www.rehhoffstrasse.de.

Mitte Juni konnte die **Bilanz nach einem Jahr E-Scooter** gezogen werden. »Geliebt, gehasst, zumindest umstritten«, so der Kommentar des NDR vom 17. Juni, zieren heute rund 4.000 Elektro-Roller das Stadtbild, immerhin circa 500 weniger als vor einem Jahr. Dreimal täglich wird so ein Ding entliehen, was die Verkehrsbehörde auf Anfrage von NDR 90,3 zu der Aussage veranlasst, die kleinen Flitzer hätten »als wirklich nachhaltiger Beitrag zur Mobilitätswende noch nicht überzeugt«. Das werden sie auch nicht, so unsere sichere Prognose.

Mit dem inzwischen üblichen Mund-Nase-Atemschutz und – sowieso – dem nötigen Abstand wird von Aktivist*innen u.a. der antirassistischen Bewegung »Black Lives Matter« für **Sonntag, den 28. Juni**, zu einer **Kundgebung** eingeladen. Sie steht unter der Parole **Bismarck stoppen!** und findet naheliegenderweise unter dem weltgrößten Bismarck-Koloss im Alten Elbpark statt. Im Aufruf wird darauf verwiesen, dass in diesen Tagen weltweit rassistische und koloniale Denkmäler geschliffen und farblich verschönert werden. Konkret geht es in dem Aufruf um einen sofortigen Baustopp im Rahmen der 9 Millionen Euro teuren Sanierung des Hamburger Bismarck-Denkmal. Dagegen gesetzt wird ein öffentlich ausgeschriebener Wettbewerb, in dem es nicht um die einfache Wiederherstellung eines Denkmals mit kolonialem Akzent, sondern auch um Entwürfe zur Umwandlung in ein Gegendenkmal gehen soll.



Foto: wikimedia commons/
Fred Romero, CC BY 2.0



Coronabedingt etwas verzögert veröffentlichte das **Gymnasium Ohmoor** am 22. Juni seine jährliche Auswertung von Daten des Hamburger Wohnungsmarktes. Schüler*innen werteten für den Monat März 2020 genau 4.096 anonymisierte Wohnungsangebote in Hamburg und weitere 3.163 Datensätze im Umland aus, sämtliche Anzeigen des Immobilienportals ImmoWelt. Daraus ergibt sich, dass die durchschnittliche Wohnung in unserer Metropole 1.019 Euro netto-kalt kostet, pro Quadratmeter liegt sie bei 13,45 Euro, 1,6% mehr als im Vorjahresmonat. Im Umland ist der Mittelwert inzwischen auf 9,56 Euro gestiegen, ein Plus von 3,2% gegenüber 2019. Den größten Sprung unter den Stadtteilen hat in den vergangenen 20 Jahren St. Pauli gemacht: Dort stiegen die Mieten von 7,84 Euro (im Jahr 2000) auf 16,45 Euro je Quadratmeter (2020). Zum Mietenprojekt der Schule hier mehr: <https://gymnasium-ohmoor.hamburg.de/2020/06/22/mietenprojekt-ohmoor-auch-2020-weitergefuehrt/> und <https://gymnasium-ohmoor.hamburg.de/mietenentwicklung-in-hamburg/>.

zum Mietenprojekt der Schule hier mehr: <https://gymnasium-ohmoor.hamburg.de/2020/06/22/mietenprojekt-ohmoor-auch-2020-weitergefuehrt/> und <https://gymnasium-ohmoor.hamburg.de/mietenentwicklung-in-hamburg/>.

Kurznachrichten

Von Heike Sudmann

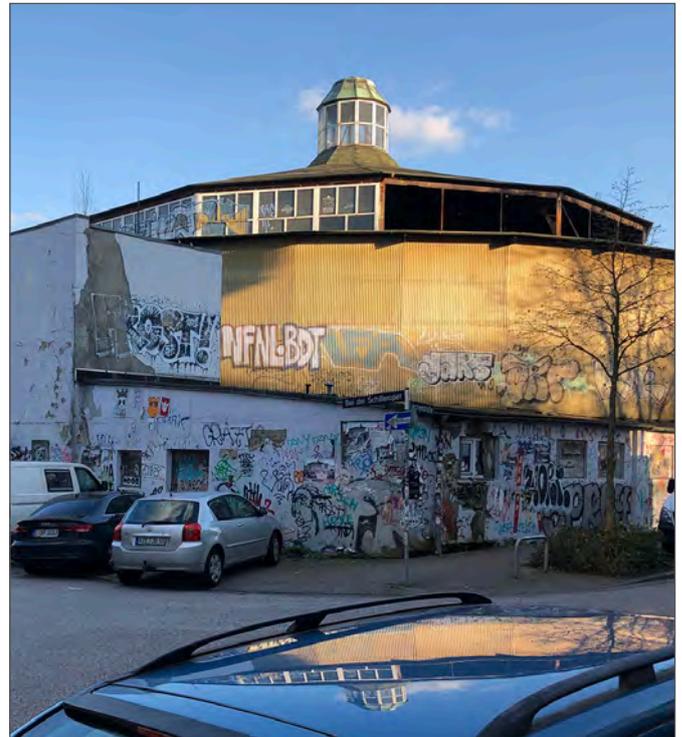


Radverkehr – Hamburg bleibt zurück mit platten Reifen

Im letzten »Bürger*innenbrief« hatte ich unseren Bürgerchaftsantrag zur Förderung des Radverkehrs nicht nur in Corona-Zeiten vorgestellt. In vielen Städten werden derzeit provisorische Fahrradstreifen (so genannte Pop-up-Bikelanes) errichtet, um der steigenden Nutzung des Fahrrads in Corona-Zeiten auch mehr Platz zu bieten. Doch obwohl Rot-Grün immer behauptet, Hamburg sei Fahrradstadt oder sogar Fahrradhauptstadt, wurde nicht nur unser Antrag abgelehnt. Auch im Koalitionsvertrag gibt es in Sachen Radverkehr keine (fahr)bahnbrechenden Neuerungen. Für die nächsten fünf Jahre sollen nur an kurzen Straßenabschnitten provisorische Radfahrstreifen entstehen: 500 Meter an der Max-Brauer-Allee, knappe 1.000 Meter jeweils Beim Schlump und in der Hallerstraße sowie knappe 2.000 Meter Am Sandtor-kai/Brokkorkai in der HafenCity. Merke: Auch hier lässt die Umverteilung auf sich warten, dem Autoverkehr soll kein Platz weggenommen werden.

Schilleroper – Drama mit mehreren letzten Akten

Eigentlich endete der letzte Akt des Dramas um die Schilleroper am 31. Mai 2020. Bis zu diesem Termin musste die Eigentümerin, die das denkmalgeschützte Gebäude seit Jahren systematisch verfallen lässt, nachweisen, dass sie bauliche Sicherungsmaßnahmen realisiert. Doch wieder tanzt die Eigentümerin der Stadt auf der Nase herum. Wie erst jetzt durch meine Anfrage (Drs. 22/454 vom 16.6.2020) bekannt wurde,



Links: Pop-Up-Bike-Lane an der Alster, 4.5.2020 (Foto: Linksfraktion Hamburg)
Rechts: Ruinöser Zustand der Schilleroper (Foto: Bernd Schultze)

hat sie bereits im Februar 2020 Widerspruch eingelegt und einen Eilantrag beim Gericht gegen die Stadt eingereicht. Nunmehr hat die Stadt einem Vergleichsvorschlag des Gerichtes zugestimmt, wonach erst bis zum 31. Dezember 2020 ein Sicherungskonzept umzusetzen ist. Das Risiko, dass bis dahin die Witterung der Schilleroper so arg zusetzt, dass sie doch noch zusammenbricht und damit der Denkmalschutz und die Renditebremse für die Eigentümerin wegfallen, ist groß.

Sternbrücke – Ostseefeeling mitten in der Stadt

Die Eisenbahnbrücke über die Stresemannstraße, die Sternbrücke, ist laut Deutscher Bahn (DB) nicht mehr sanierungsfähig. Ein Neubau soll her. Inwieweit die DB durch mangelnde Pflege und Instandsetzung diesen Zustand selbst herbeigeführt hat – bei einem Neubau muss sie viel weniger eigene Mittel aufwenden muss als bei einer Sanierung – soll hier nicht beleuchtet werden. Heute geht es um die Pläne der DB und der Stadt Hamburg für den Neubau, die ein echter Hingucker sind: Mit einer Höhe von bis zu 25 Meter über der Stresemannstraße und im Stil der Fehmarn-Belt-Brücke fällt es selbst geneigten Menschen schwer, zu erklären, wie das in ein dicht bebauten Wohnviertel passen soll. Zusammen mit der Linksfraktion in Altona versuchen wir, diesen Wahnsinn zu verhindern und die verschiedenen Initiativen und Alternativvorschläge zu unterstützen. Wer mehr Informationen haben möchte, wird auch hier fündig: www.denkmalverein.de/gefahrdet/gefahrdet/sternbruecke-erhalten und <https://initiativesternbruecke.org>.

Proteste gegen die Corona-Schulpolitik

Hanno Plass über die Ereignisse von März bis Juni 2020



Demonstration von Eltern und Kindern auf dem Gänsemarkt, 19.6.2020 (Foto: Linksfraktion Hamburg)

Um es vorwegzunehmen: Die Proteste gegen die rigide Haltung und die auf den Schein einer Normalität unter Ausnahmebedingungen abzielenden Entscheidungen der Schulbehörde zeigten sehr wenig bis keine Wirkung. Die Proteste vieler Interessengruppen kreisten um vier zentrale Punkte:

- das Durchregieren der Schulbehörde, bei dem die Bildungsakteur*innen vor Ort nicht eingebunden wurden;
- betriebliche Mitbestimmung durch die Personalräte der Schulen und der Gesundheitsschutz für die schulischen Mitarbeiter*innen;
- das starre Festhalten an Leistungsabfragen und Leistungsbewertungen, Abschlussprüfungen;
- der Ausfall einer pädagogisch-qualitativen Bestimmung des Ausnahme-Unterrichts.

Letztlich äußerten sich alle Bildungsakteur*innen der Stadt kritisch zum Vorgehen und zu den Entscheidungen der Schulbehörde: von der parlamentarischen Opposition über Schüler*innen und die Schülerkammer, über die Elternkammer, die Vereinigung der Leitungen der Hamburger Gymnasien und Studienseminare (VLHGS) und ihrer Kolleg*innen der Stadtteilschulen, die Vereinigung der Leitungen der Stadtteilschulen (VLS), bis zur GEW und dem breiten Bündnis Zukunft Schule.

Nachdem die Schulbehörde zuerst den Unterricht ausgesetzt hatte, verkündete sie, die Abschlussprüfungen zum Ersten Schulabschluss, dem Mittleren Schulabschluss und zum Abitur abhalten zu wollen. Schüler*innen liefen mit wiederholten Petitionen Sturm gegen diese Entscheidung. Rissener Abiturient*innen drohten gar mit einem Boykott der Prüfungen. Nachdem die einfache Aussetzung der Prüfungen und ihr Ersatz durch Durchschnittsnoten – eine Forderung, die bundesweit von zehntausenden Schüler*innen unterstützt wurde – keinen Anklang fanden, wurde gefordert, wenigstens eine Wahlalternative für das Abitur anzubieten. Wer sich wegen der Ansteckungs- und Erkrankungsgefahr unsi-

cher fühle, solle die Möglichkeit haben, eine Durchschnittsnote zu erhalten. Dieser Forderung schlossen sich sowohl die GEW als auch die Lehrerkammer und die Schülerkammer an. Letztere bezeichnete die Durchführungsbestimmungen der Behörde als »schlechten Scherz«. Doch in Hamburg war der Schulsenator nicht zu erweichen – und suchte noch nicht einmal das Gespräch mit den Schüler*innen.

Den Protest der Schüler*innen haben wir in einem Bürgerschafts-Antrag aufgegriffen, in dem die Aussetzung der Prüfungen gefordert wird (Drs. 22/82, www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/70205/schueler_innen_ernst_nehmen_pruefungen_aussetzen_wahlfreiheit_einfuehren.pdf). Doch der Antrag war durch die Maxime der Behörde für Schule und Berufsausbildung (BSB), »komme was da wolle, die Prüfungen werden durchgezogen«, obsolet.

Die GEW war gefordert, die betriebliche Mitbestimmung anzumahnen und sicherzustellen. Die zähen und zögerlichen Eingeständnisse, zu denen sich die BSB nur unter Druck bereitfand, wurden im Augenblick der Planungen für die Schulöffnungen revidiert. Mit einem Mal wurde die Mitbestimmung der Personalräte beim Gesundheitsschutz aufgehoben. Die GEW rief das Verwaltungsgericht an; dieses entschied im Sinne der GEW und verpflichtete die BSB, die Verantwortung für den Gesundheitsschutz ihrer Beschäftigten zu tragen und dabei die personalrätliche Mitbestimmung zuzulassen. Die BSB kündigte an, gegen das Urteil Beschwerde einzulegen.¹

Ein weiterer Punkt, der die Lehrkräfte und die Lehrer*innengewerkschaft beschäftigte, war die Mehrarbeit, die von vielen Lehrkräften geleistet wurde. Das veraltete Hambur-

Hanno Plass ist Referent bei Sabine Boeddinghaus. Sein Beitrag ist die Fortsetzung des Artikels zu »Corona, Krise und Bildungsgerechtigkeit« im Bürger*innenbrief vom 20.5.2020.

¹ www.gew-hamburg.de/themen/personalraete/mitbestimmung-gewinnt

ger Lehrer*innenarbeitszeitmodell (LAZM) ist nicht in der Lage, die Doppelung von Fern- und Präsenzunterricht abzubilden. Dementsprechend ergab eine Umfrage der GEW – wenig überraschend –, dass drei Viertel der Lehrkräfte Überstunden leisten.

Die im Vorgehen der BSB deutlich werdende Haltung stieß auch den Schulleitungen sauer auf. Was die Gymnasial- und Stadtteilschulleitungen je separat als Kritik formuliert hatten, konnten Leitungen der Grundschule, Stadtteilschulen (STS) und Gymnasien in einem Interview im »Hamburger Abendblatt« am 13. Juni nur wiederholen. Sie verlangten eine inhaltliche Diskussion über die Lernangebote in der Corona-Zeit und eine aktive Einbeziehung der Schulgemeinschaften vor Ort, bei Planung und Umsetzung der gemeinsam gefällten Beschlüsse. Ihr Fokus lag dabei nicht nur auf den Schulgemeinschaften, sondern war umfassender: »alle an Bildung beteiligten Gruppen der Stadt« sollen einbezogen werden.²

Bemerkenswerterweise rückten die Schulleitungen die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen und die Bedingungen für eine gelingende schulische Bildung in den Mittelpunkt, nämlich Bindung und Beziehung und eine Abkehr vom Fokus auf Deutsch, Mathe und Englisch. Dass aber die pädagogische Dimension der schulischen Bildungsarbeit keinerlei Anklang in der Schulbehörde fand und findet, ist in ihrer Fixierung auf technische Angelegenheiten, Leistungserbringung und Pisa-Abfragen überdeutlich. Die technische Einseitigkeit machte sich auch in der Entscheidung bemerkbar, die zehntausenden digitalen Endgeräte, die mit einer Ausweitung des Digitalpakts gekauft werden sollen, Schüler*innen ohne Tablet oder Laptop leihweise zur Verfügung zu stellen. Schließlich besteht für Familien in Grundsicherung oder im ALG II-Bezug ein Rechtsanspruch auf solche Endgeräte, um ihr Recht auf Bildung im digitalen Zeitalter wahrnehmen zu können – sie würden in der Regel Mittel vom Jobcenter/Sozialamt bekommen, um sich die Geräte anzuschaffen.

Die Schulbehörde wies jedoch Schulen aus dem »Programm 23+ Starke Schulen« an, Familien, die Anspruch auf Gelder aus dem Bildungs- und Teilhabe-Paket des Bundes hätten – in Hamburg 70.000 Haushalte –, dazu zu bewegen, ihre Anträge beim Jobcenter oder Sozialamt zurückzuziehen, da diese abschlägig beschieden werden würden. Denn die Schulen würden nun diese Geräte leihweise zur Verfügung stellen. Die Ausleihe durch die Schulen untergräbt den Rechts- und Besitzanspruch. Damit einher geht die fragwürdige Sicht, in armen Familien würde mit solchen Geräten nicht pfleglich genug umgegangen werden.

Die Linksfraktion brachte daraufhin einen Antrag in die Bürgerschaft ein, der eine angemessene Ausstattung für Kinder und Jugendliche mit digitalen Endgeräten fordert. In der derzeitigen Situation wird mit jedem Tag das Recht auf Bildung der jungen Menschen verletzt, weil sie vom Fernunterricht ausgeschlossen sind.³

In der Bürgerschaftssitzung am 6. Mai brachten wir das Vorgehen der Schulbehörde mit deutlichen Worten zur Sprache: »Warum sind wir nicht in der Lage, als reiche Stadt Hamburg festzustellen, dass in einem digitalen Zeitalter (...) alle



Montage: Fraktion DIE LINKE

Kinder ein Anrecht haben auf den Besitz eines Endgerätes, auf einen Drucker, Geld haben für Druckerpapier und all das, was nötig ist, um jetzt auch digital zu lernen.« Hinter der Anforderung, die Kinder und Jugendlichen ohne Endgeräte nur leihweise auszustatten und sie von ihren Rechtsansprüchen abzubringen, stehe »eigentlich ein unbeschreibliches Menschenbild«. Daraufhin schossen Dirk Kienscherf und Anjes Tjarks persönlich zurück – aber inhaltlich ging niemand auf die inhaltliche Kritik ein.⁴ Einzig Kaija Kutter berichtete in der »taz« über diese Entscheidung der Schulbehörde und griff unsere Kritik auf.⁵ Seitens der Politik wurde klar, was von den Versprechungen einer solidarischen Zukunftsgestaltung von Rot-Grün zu halten ist: nichts!

Vorerst entschied das nordrhein-westfälische Landessozialgericht, dass Kinder in Sozialleistungen nach der UN-Kinderrechtskonvention ein Anrecht auf ein Tablet hätten, weil sie nur so am Unterricht teilhaben könnten; die Richter*innen veranschlagten die Summe für ein Gerät allerdings nur auf 150 Euro, was eindeutig zu niedrig angesetzt ist.⁶ Immerhin wird der Rechtsanspruch fixiert.

Die Schüler*innen und Lehrkräfte tragen sich weiter zu den Sommerferien; dort wartet auf zehn bis zwanzig Prozent der Schüler*innen aus Schulen mit dem »Sozialindex« 1 bis 3 zusätzlicher Unterricht. Wie der Ferienunterricht läuft und wie alle Schulen nach den Ferien im Regelbetrieb anlaufen sollen, werden wir im Auge behalten. Zu hoffen ist, dass der Protest, den es gibt, nicht abebbt und nicht dem Ansinnen »Gehen Sie zurück auf Start« folgt, das der Schulsenator gerne hätte. Die Einschnitte der Corona-Krise sind zu groß, als dass auch nach den Ferien getan werden kann, als sei es ein Spuk gewesen.

² Zurück in den Unterricht: Was Schulleiter sagen, Hamburger Abendblatt, 13.6.2020.

³ www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/70354/bildungungerechtigkeit_entgegenwirken_digital_richtig_ausstatten.pdf.

⁴ <https://mediathek.buergerschaft-hh.de/sitzung/22/4/>.

⁵ <https://taz.de/Fernunterricht-in-Corona-Pandemie/15681641/>; <https://www.linksfraktion-hamburg.de/auch-digitale-bildung-muss-fuer-alle-kinder-zugaenglich-sein/>.

⁶ www.spiegel.de/panorama/bildung/landessozialgericht-nordrhein-westfalen-schuelertablet-fuer-digitalen-unterricht-gilt-als-mehrbedarf-a-73556852-b637-4515-a32a-7d79f7f67ee2.

Letzte Meldung vom 22. Juni 2020: Paritätischer Wohlfahrtsverband: Corona trifft Arme am stärksten

Berlin (KNA). Sozial benachteiligte Bevölkerungsschichten in Deutschland leiden nach Beobachtung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands in besonderem Maße unter der Corona-Pandemie. Ärmere müssten häufiger zusammenrücken, »weil sie wenig Platz haben und auch nirgendwohin können« oder weil sie unter schlechten Bedingungen »wie in der Fleischindustrie« arbeiteten, sagte der Hauptgeschäftsführer des Verbands, Ulrich Schneider, den Zeitungen der Funke Mediengruppe (Montag). Schneider betonte, es seien vor allem jene Menschen betroffen, die auf zu engem Raum in Kontakt seien oder lebten, »ohne dass hygienische Mindeststandards eingehalten werden können«. Dies betreffe etwa Sammelunterkünfte für Flüchtlinge, Notquartiere für Obdachlose oder auch Frauenhäuser. Der Verband fordert »dringend bezahlbare Wohnungen, besonders für Familien mit geringem Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen in den Betrieben«. Außerdem bräuchten Bezieher von Grundversorgung schnelle Hilfe, um Mehrausgaben beim Essen und der Hygiene zu kompensieren: »Deshalb fordern wir 100 Euro mehr monatlich für Hartz IV- und Asylleistungs-Bezieher und Rentner in Grundsicherung.«



#unteilbar-Demo in Hamburg (Foto: Christiane Schneider)

»Black Lives Matter« – Zeit für Veränderungen!

Von Christiane Schneider, MdHB 2008 bis 2020



5.6.2020: Kundgebung beim US-Konsulat (Foto: Christiane Schneider)

Am 5. und 6. Juni, knapp zwei Wochen nach dem gewaltsamen Tod von George Floyd, erlebte Hamburg wie viele andere Städte in der Bundesrepublik und in Europa die ersten wirklich großen Versammlungen seit Beginn der Corona-Krise. Die unfassbare Brutalität von Polizisten in Minneapolis hatte in den USA eine gewaltige Protestbewegung gegen rassistische Polizeigewalt und Diskriminierung hervorgerufen, die nun in Europa aufgegriffen wurde. In der Bundesrepublik dürf-

ten es an diesem Wochenende über 200.000 meist junge Menschen gewesen sein, die dem Aufruf der Black Community folgten und unter der Parole »Black Lives Matter« (Schwarze Leben zählen) ihre Solidarität zum Ausdruck brachten, rassistische Diskriminierung auch hierzulande anprangerten und an die vielen Opfer rassistischer (Polizei-)Gewalt erinnerten: an den 2005 im Dessauer Polizeigewahrsam getöteten Oury Jalloh und an Achidi John, der 2001 in Hamburg durch einen

vom damaligen Innensenator Olaf Scholz freigegebenen und vom Institut für Rechtsmedizin exekutierten Brechmitteleinsatz zu Tode kam, und an viele, viele andere.

Am 5. Juni fand eine erste große Kundgebung vor dem Hamburger US-Konsulat statt. Statt der gut 200, auf die die Versammlungsbehörde die Kundgebung beschränkt hatte, strömten nach Polizeischätzung 4.500 Menschen, wahrscheinlich noch mehr, jedenfalls unerwartet viele, mit Mund-Nasen-Schutz und selbstgemalten Schildern zum Alsterufer. Tags darauf – Black Community und Lampedusa-Gruppe hatten eine Kundgebung unter Corona-Bedingungen für 750 Teilnehmer*innen auf dem Rathausmarkt angemeldet – drängten sich laut Polizeiangaben mindestens 14.000 Menschen vom Rathausmarkt über den Jungfernstieg bis zum Gänsemarkt, viele von Rassismus Betroffene, viele junge Menschen, die in kleineren oder größeren Gruppen gemeinsam gekommen waren. In Hamburg, das wurde mir auf der Kundgebung richtig bewusst, hat die Hälfte der Kinder und Jugendlichen unter 18 eine Migrationsgeschichte, hat also mit erheblicher Wahrscheinlichkeit persönliche Erfahrung mit Diskriminierung und Rassismus. Dass aber auch sehr viele nicht selbst betroffene Jugendliche und Jungerwachsene mitdemonstrierten, scheint mir ein starkes Indiz dafür zu sein, dass die junge Generation mehr als alle vorangegangenen Generationen rassistische Diskriminierung als Störung gesellschaftlichen Zusammenlebens erlebt und ablehnt. Das macht Hoffnung.

Jedenfalls haben die großen Demonstrationen die Kritik und offensive Bekämpfung von Rassismus in Deutschland auf die Tagesordnung gesetzt. Im März noch war der Bericht der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarats, der Rassismus als weit verbreitetes, strukturelles Phänomen in Deutschland und nicht zuletzt auch die Polizeipraxis des Racial Profiling kritisiert, ohne nennenswerte Resonanz geblieben. Jetzt nehmen Debatten über Gegenmaßnahmen und institutionelle Veränderungen Fahrt auf. Die alte Forderung u.a. von LINKEN und Grünen, den Begriff der »Rasse« aus Grundgesetz und Gesetzen zu streichen, wird auf die Tagesordnung des Bundestags gesetzt.

Ein Fokus der Kritik richtet sich auf die Polizei. Um nur die wichtigsten Forderungen zu nennen, die zur Zeit diese Debatte prägen: Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, kritische Wissenschaftler*innen, LINKE, GRÜNE und sogar SPD-Politiker*innen fordern je nach politischer Couleur eine Polizei-Ombudsstelle, eine/n Polizeibeauftragte/n oder eine Polizeibeswerdestelle mit eigenen Ermittlungsbefugnissen, wie es sie etwa in England und Wales oder in Dänemark gibt. In Aarhus z.B. gibt es eine Polizeibeswerdebehörde mit 34 Stellen und einem Jahresetat von 2,8 Mio. Euro. In Hamburg gibt es – nichts! Gerade haben SPD und GRÜNE sich im Koalitionsvertrag darauf geeinigt, dass es **keine/n** Polizeibeauftragte/n, **keine** Beschwerdestelle geben soll, sondern die Beschwerdestelle der Polizei (!), die dem Polizeipräsidenten (!) untersteht, »weiterentwickelt« wird und zukünftig einen Jahresbericht veröffentlicht. Wer wird sich denn bei der Polizei über Polizei – z.B. über Racial Profiling – beschweren wollen?! Die Forderung u.a. der Hamburger LINKEN nach einer unabhängigen Polizeibeswerdestelle bleibt jedenfalls aktuell, und die öffentliche Debatte über institutionelle Veränderungen zur Bekämpfung von strukturellem Rassismus staatlicher Strukturen verleiht ihr neuen Schwung.

Eine weitere wichtige Forderung in der gegenwärtigen Debatte, die u.a. auch der Europarat an Deutschland richtete, ist die Erforschung von strukturellem Rassismus in der Polizei. Bisher haben die Polizeien von Bund und Ländern und ihre Gewerkschaften entsprechende Forschungsprojekte stets zurückgewiesen. In Reaktion auf die großen Demonstrationen kündigen nun die Innenminister eine solche Studie an. Klar ist aber auch: Wenn die Unabhängigkeit der Forschung nicht gesichert ist, dann wird eine solche Studie ziemlich wertlos sein.

Ein weiterer Schwerpunkt der antirassistischen Kritik schließlich zeichnet sich ab in der Auseinandersetzung mit der kolonialen Geschichte der europäischen Länder und mit den durch sie geprägten und über Jahrhunderte tradierten Denkmustern und Wahrnehmungsschemata. Aber das wäre ein eigener Artikel.



5.6.2020: Dicht gefüllter Jungfernstieg (Foto: C. Schneider)

Die Welle der Demonstrationen hat, das ist gegenwärtig spürbar, in Sachen Kampf gegen Rassismus etwas in Gang gebracht. Ich habe an beiden Hamburger Großkundgebungen teilgenommen – und angesichts der Corona-Situation durchaus mit zwiespältigen Gefühlen. Allein schon aufgrund der unerwartet riesigen Zahl der Teilnehmer*innen konnten die Abstandsregeln nicht eingehalten werden, und es war teilweise wirklich sehr eng. Andererseits: Den Zeitpunkt hat sich niemand ausgesucht. Der brutale Akt rassistischer Polizeigewalt, der George Floyd zum Opfer fiel, geschah **jetzt**. Er hat

die große Wunde, die der Rassismus reißt, sichtbar gemacht und nicht nur in den USA, sondern auch in Europa und anderen Ländern Widerstand hervorgerufen und die Entschlossenheit, rassistische Diskriminierung und Gewalt nicht länger zu dulden. Es war nicht möglich zu sagen: Warten wir ab, bis die Epidemie vorbei ist, dann gehen wir auf die Straße. **Jetzt** sind die Bedingungen wenn nicht gut, so doch besser als lange Zeit, um staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus zu delegitimieren und zurückzudrängen. Nutzen wir die Zeit zu Veränderungen.

Kunterbunker ausgebremst!

Karin Haas über den drohenden weitgehenden Abriss des Hochbunkers am Kuhnsweg



20.6.2020: Kundgebung mit DIE LINKE Winterhude und der Initiative »Wir sind Winterhude« (Foto: Karin Haas)

Während die Bundesimmobilienanstalt (BImA) in Altona den Hochbunker im Walter-Möller-Park an die Stadt zu ermäßigtem Preis verkauft hat, will sie nun am Kuhnsweg viel Geld sehen. In Altona soll der Bunker ein kulturelles und soziales Angebot für die Bevölkerung beherbergen. In Winterhude will die Baugenossenschaft »Kunterbunker« den Bunker erhalten und bezahlbaren Wohnraum für über 30 Menschen unterschiedlichen Alters mit kleinem und größerem Geldbeutel schaffen – ein Mehrgenerationenhaus. Sechs Familien mit insgesamt zehn Kindern sind dabei. Um die Umwelt und die Nachbarschaft zu schonen, sollen nur Löcher für Fenster und Balkone in den Bunker geschnitten werden. Die sozialkulturelle Nutzung im Erdgeschoss soll zusammen mit dem Goldbekhaus realisiert werden.

Damit will die Baugenossenschaft einen Beschluss des Bezirkes Hamburg-Nord umsetzen, der sich im Juni 2016 für den Erhalt und den Umbau sowie die soziokulturelle Nutzung im

Erdgeschoss ausgesprochen hat. Vier Jahre lang hatte die Initiative »Wir sind Winterhude« für den Erhalt des Bunkers gekämpft. Lärm, Staub und Erschütterungen sollte es nicht mehr geben. Ressourcen sollten nicht weiter verschleudert werden. Zu sehr war der Stadtteil Winterhude in den letzten Jahren durch vier Bunkerabrisse und die Errichtung teurer Eigentums- und Mietwohnungen belastet worden.

Die Initiative »Wir sind Winterhude« engagiert sich im Quartier sozial und will dafür sorgen, dass die Mieten nachhaltig, d.h. ohne zeitliche Begrenzung, gesichert sind. Mit vielen Briefen, Appellen und Aktionen hat sich die Initiative an die Bürgermeister Olaf Scholz und Peter Tschentscher und den Landesbetrieb für Immobilien und Grundstücke (LIG) gewandt und um Unterstützung für das Konzept »Kunterbunker« gebeten. Die Stadt sollte ihr Vorkaufsrecht gegenüber der BImA wahrnehmen, den Bunker zu verbilligten Konditionen erwerben und konzeptbezogen anbieten. Das Konzept

»Kunterbunker« fand sowohl im Bezirk als auch bei der Stadt Zustimmung. Die Verhandlungen zogen sich zwei Jahre lang hin, aber die BImA wollte mehr Geld, als die Stadt geboten hatte, und die Verhandlungen scheiterten.

Die BImA hat daraufhin im Sommer 2019 den Hochbunker auf dem Immobilienmarkt angeboten und in ihrem Verkaufsexposé 50% sozialen Wohnungsbau und 50% Mietwohnungen gefordert, aber nur begrenzt auf 20 Jahre. Sie hat damit den Beschluss des Bezirks Hamburg-Nord in ihrem Angebot nur teilweise aufgenommen, indem der bezahlbare Wohnraum zeitlich begrenzt und ein Teilabriss eingeräumt wurde. Der Bezirk und die Stadt sollten aber in die Entscheidung für einen Käufer einbezogen werden.

Der Baugemeinschaft/Baugenossenschaft »Kunterbunker« solle sich nunmehr privat bewerben, hieß es bei der Stadt und dem Bezirk. Die BImA signalisierte der Baugenossenschaft bei der Bunkerbesichtigung, dass man sie auf jeden Fall zu einem Gespräch einladen würde.

Doch alles das ist nicht geschehen. Die Baugemeinschaft/Baugenossenschaft »Kunterbunker« hat eine Absage ohne jegliche Begründung erhalten. Sie ist mit ihrem Gebot von 1,8 Millionen an die Grenze des Machbaren gegangen, um bezahlbaren Wohnraum dauerhaft zu realisieren. Die Meinung des Bezirks Hamburg-Nord ist bei der Auswahl der Bieter*innen auch nicht berücksichtigt worden, wie aus einer Anfrage der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE vom Mai 2020 hervorgeht.

Nun steht zu befürchten, dass ein/e Investor/in ausgewählt worden ist, der/die der BImA zwar viel Geld bezahlt, aber weitgehend den Bunker abreißt und teure Mietwohnungen schafft, um damit die geförderten Wohnungen zu finanzie-

ren. Und das alles für nur 20 Jahre. Die geplante Nutzung im Erdgeschoss durch einen Pflegedienst, wie aus der Senatsantwort hervorgeht, entspricht auch nicht den Vorgaben des Exposés der BImA. Die Nachbarschaft ist alarmiert und macht sich große Sorgen, dass nun monatelange Abrissarbeiten beginnen.

Laut Beschluss der großen Koalition auf Bundesebene 2015 sollte bei der BImA ein Umdenken stattfinden beim Verkauf städtischer Immobilien, indem bundeseigene Grundstücke verbilligt an Kommunen für geförderten Wohnungsbau abgegeben werden. Auch der neue BImA-Chef Krupp verkündete dieses neue Konzept im Februar diesen Jahres.

In Winterhude, einem »angesagten« Stadtteil, wo Immobilien hochpreisig gehandelt werden, gilt das offenbar nicht. Hier sollen die Grundstücke viel Geld bringen – ungeachtet der Entwicklung im Quartier. Doch gerade in teuren Stadtteilen könnte die BImA ein Zeichen setzen und einen Stopp immer höherer Grundstückspreise bewirken!

Die Initiative »Wir sind Winterhude« hat zusammen mit der Baugenossenschaft »Kunterbunker« im Mai noch einmal einen Appell an Bürgermeister Peter Tschentscher gerichtet, damit dieser den Einfluss der Stadt auf die BImA geltend macht. Die Antwort steht noch aus.

Die Linksfraktion Hamburg-Nord fordert mit einem Antrag am 18. Juni die Bezirksversammlung Hamburg-Nord auf, die Mitsprache des Bezirks, ein transparentes Verfahren und die Bevorzugung einer Baugenossenschaft im Kuhnsweg zu beschließen. Dieser Antrag wurde am 18. Juni in den Regionalausschuss Eppendorf/Winterhude überwiesen und wird am 22. des Monats dort ausführlich diskutiert.



Bunker-Modell (Foto: Karin Haas)

Kultur Tipp: »Kosmos Ost – Kunst in der DDR«



Barlach-Haus (mit Plakatmotiv von Uwe Pfeifer, Dialog I, 1975) im Jenisch-Park, 21.6.2020 (Foto: Marion Fisch)

Nach der coronabedingten Schließung sämtlicher Kultureinrichtungen haben die Museen seit dem 7. Mai wieder geöffnet. Klar, es gibt Einschränkungen hinsichtlich der Zahl der Besucher*innen, Abstand und Mund-Nase-Atemschutz sind vorgeschrieben. Dies gilt auch für das Ernst-Barlach-Haus im Jenischpark (Baron-Voght-Straße 50a). Dort ist bis zum 13. September die Ausstellung »KOSMOS OST. Kunst in der DDR 1949-1989« zu sehen. Gezeigt werden 60 Werke aus dem Dresdner Albertinum, quasi als Dankeschön für eine zeitgleiche Ausleihe von Barlach-Skulpturen an die Staatliche Kunstsammlung der sächsischen Landeshauptstadt.

»Die Präsentation«, so die Beschreibung des Barlach-Hauses, umfasst Gemälde und Skulpturen der Nachkriegszeit, »Sozialistische Gegenwartskunst« der 1960er und 70er Jahre sowie Arbeiten einer jüngeren, nach 1950 geborenen Künstlergeneration. Werke von 52 Künstlerinnen und Künstlern geben einen facettenreichen Einblick in die ostdeutsche Kunstgeschichte, von der Staatsgründung der DDR 1949 bis zum Mauerfall 1989. Zu entdecken ist ein breites Spektrum an Themen, Stilen und Positionen – vom Arbeiterbildnis bis zum Pop Art-Experiment, von sachlich bis expressiv, figürlich bis abstrakt, konformistisch bis kritisch. Wie vielfältig und oft vieldeutig die Bildwelten ostdeutscher Kunst sind, ist im Westen auch dreißig Jahre nach dem Mauerfall noch kaum bekannt. Mit Werken von 52 Künstlerinnen und Künstlern möchte die Ausstellung dazu beitragen, den Blick auf den Kosmos Ost zu weiten.« Zu den bekanntesten, hier vertretenen DDR-Künstler*innen zählen Bernhard Heisig, Willi Sitte, Werner Tübke und Wolfgang Mattheuer.

Wie das Ausstellungsteam selbst betont, sind die gezeigten Werke keineswegs repräsentativ für »die« DDR-Kunst, das wäre auch in dem begrenzten Raum nicht möglich. Aber die thematische Ordnung und die Auswahl eröffnen neue Blickwinkel auf im »Westen« wenig gezeigte Werke, die im anderen deutschen Staat entstanden sind. Zudem führt die Vielfalt und Mehrdeutigkeit der meisten ausgestellten Kunstwerke vor Augen, dass andere Entwicklungswege der DDR – und damit auch der Bundesrepublik – denkbar waren bzw. sind. So kann die Ausstellung dazu anregen, sich mit einigen der Skulpturen und Gemälde wie auch ihren Entstehungsbedingungen näher auseinanderzusetzen – als Beispiel sei genannt: Eva Schulze-Knabe, »Der afrikanische Student«, von 1960.

Die Ausstellung ist dienstags bis sonntags jeweils zwischen 11 und 18 Uhr zugänglich. Der reguläre Eintritt beträgt 7 Euro, ermäßigt 5 Euro, Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre haben freien Eintritt. Mehr Informationen gibt es hier: www.barlach-haus.de/ausstellungen/kosmos-ost-kunst-in-der-ddr-194989-das-albertinum-dresden-zu-gast/, empfehlenswert ist auch die (Vorab-)Lektüre des 15seitigen Begleithefts: www.barlach-haus.de/media/ebh_kosmos_ost_begleitheft.pdf.

Der Besuch des Ernst-Barlach-Hauses oberhalb des Elbufers lohnt auch zu anderen Zeiten. Seit 1962 bietet das Privatmuseum nicht nur die größte Sammlung von Werken des expressionistischen Bildhauers, Zeichners und Schriftstellers Ernst Barlach (1870–1938), um das moderne Gebäude von Werner Kallmorgen herum liegt mit dem Jenischpark einer der schönsten Landschaftsgärten Hamburgs. Auch dieser ist, allemal in der Sommerzeit, einen Ausflug wert.

Mit diesem Bürger*innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger*innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg